



**Postulat von Barbara Gysel, Isabel Liniger und Alois Gössi
betreffend zwingende Beratungssequenzen oder ein Kursprogramm «Kinder im Blick»
durch die KESB im Kanton Zug bei der Trennung von Eltern mit Kindern
vom 25. Oktober 2022**

Die Kantonsratsmitglieder Barbara Gysel, Zug, Isabel Liniger, Baar, Alois Gössi, Baar, haben am 25. Oktober 2022 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat die erforderlichen rechtlichen Bestimmungen für zwingende Beratungssequenzen oder ein Kursprogramm «Kinder im Blick» zur Verabschiedung vorzulegen bzw. solche Normen selbst zu schaffen, soweit er diese in Eigenkompetenz erlassen darf.

Eine¹ neue Studie kommt zum Schluss, dass Trennungskinder, es später im Leben tendenziell schwerer haben als Kinder aus intakten Familien. Sie sind weniger glücklich und weniger gesund. Auch finanziell stehen sie häufig schlechter da. Dieser Effekt zeigt sich umso deutlicher, je mehr die Kinder in den Konflikt hineingezogen wurden und je stärker die Bindung zu einem Elternteil darunter gelitten hat.

Das Fazit aus dieser Studie ist, nicht die Trennung sei das Problem, sondern wie Mutter und Vater diese meistern. Wie sie währenddessen und nachher mit den Kindern, auch der Ex-Partnerin und Ex-Partner umgehen. Schaffen sie es, die Streitereien, die Wut und den Hass von den Kindern fernzuhalten, desto weniger einschneidend sind die Folgen der Trennung für die Kinder. Ganz ohne Konflikt geht es aber selten.

Es wird in der Schweiz davon ausgegangen, dass etwa jedes zehnte Kind eine Trennung erlebt, bei der sich die Eltern gnadenlos bekriegen. Dann seien die Kränkungen und die Wut so gross, dass sie das Kindeswohl nicht mehr im Blick haben. Die KESB im Kanton Basel unterstützt Eltern bei der Trennung mit Mediation oder Beratungen. Sie ordnet schnellstmöglich sechs bis acht Beratungssequenzen an oder schickt die Eltern ins Kursprogramm «Kinder im Blick». Beide Massnahmen haben zu einer Abnahme der Elternkonflikte geführt. «Es ist wichtig, für die Kinder die beste Lösung zu finden und nicht Eltern darin zu bestärken, sich gegenseitig zu bekämpfen» meint Christoph Häfeli, Jurist und Kinderschutz-Experte.

Unseres Wissens werden von der Zuger KESB eher weniger solche Elternberatungen angeordnet. Die Postulanten fordern, dass diese Beratungen resp. Kursprogramme zwingend in Anspruch genommen werden müssen. Die Postulanten könnten sich auch vorstellen, dass die KESB die Kosten für die Elternberatungen übernimmt. Mit einem begrenzten finanziellen Einsatz für solche Elternberatungen könnte es so langfristig sicher weniger «Problemfälle» bei Kindern geben und entsprechend kleinere finanzielle Aufwendungen für die Gemeinden oder den Kanton Zug, also eine «lohnende Investition».

90/sl

¹ Artikel der Sonntagszeitung vom 16. Oktober 2022 mit dem Studienautor Guerra Gonzalez